

# Vertrauenskrise zwischen Stadt und Bürgern

**Unna.** Mit einer viel diskutierten „Wutrede“ hatte Kämmerer Karl-Gustav Mölle mehr Vertrauen vonseiten der Politik eingefordert. Der von Mölle festgestellte Vertrauensverlust ist Realität, wirkt aber vielschichtiger: Politiker misstrauen der Stadtverwaltung, Bürger den Organen der „Stadt“ im Ganzen. Dabei ist die Vertrauenskrise von der Stadtverwaltung selbst verschuldet: Auf die Forderung nach mehr Trans-

parenz im Handeln der Verwaltung reagiert das Rathaus oftmals zögerlich und ungeschickt. Manch eine Begebenheit aus der jüngeren Zeit erweckte den Eindruck, dass bei der Stadt regelrecht „gemauert“ werde. In einer Situation, in der die Bürger trotz höherer Steuerlast weniger geboten bekommen, bereitet diese Intransparenz den Boden für teils bössartige Gerüchte und sogar Verschwörungstheorien. ➔ Seite 17



Der Verwaltungsvorstand aus dem Technischen Beigeordneten Raif Kampmann, Kämmerer Karl-Gustav Mölle, Bürgermeister Werner Kolter und dem für Ordnung und Soziales zuständigen Beigeordneten Uwe Kutter (v.l.) leitet das operative Geschäft der Verwaltung. Die drei Beigeordneten des Bürgermeisters werden vom Rat der Stadt gewählt. Foto: Archiv

## Die große Vertrauensfrage

Die „Wutrede“ des Kämmerers wirft die Frage auf, wie viel Vertrauen die Unnaer ihrer Stadt schenken müssen, dürfen oder sollten. Unerwähnt blieb darin, wie schwer es ihnen die Stadt selbst dabei macht. Eine Analyse.

Von Sebastian Smulka

**Unna.** Vertrauen kann man nicht kaufen. Und doch scheint es einen finanziellen Wert zu haben. Das Handeln der Stadtverwaltung zumindest sei „nicht mehr ökonomisch orientiert“, wenn sie nicht ein grundlegendes Vertrauen durch die Politik erfahre – so beklagte sich Stadtkämmerer Karl-Gustav Mölle kürzlich über die Informationsbedürfnisse der Politik. Fragen kostet was, und die Stadt ist arm. Dass man sich Vertrauen aber auch verdienen kann, schien Mölle dabei zu übersehen. Mehr noch: Am Vertrauensverlust von Bürgern und Ratsmitgliedern hat die Stadtverwaltung zuletzt selbst mitgewirkt.

Möllers jüngste „Wutrede“ vor dem Haupt- und Finanzausschuss sorgte noch Tage später für Diskussionen in der Stadt – zum Teil aber auch für Unverständnis. Des Kämmerers Groll entzündete sich an der beharrlichen Forderung von Piraten-Fraktionschef Christoph Tetzner, die Herkunft der 70 000 Euro Rettungszuschuss für die Lindenbrauerei wirklich im Detail aufgezeigt zu bekommen. Was daran so schwierig sein soll, eine Rechnung vorzuführen, die im Rathaus ja offenkundig erfolgt sein muss, um auf den Betrag zu kommen, verstanden auch

Mitglieder anderer Fraktionen nicht. Denn schon in seiner Rede verwandte Mölle eben jene Zahlen: dass er etwa keine Lust habe, darzustellen, dass diese und jene Beträge an Heizkosten und Telefonausgaben eingespart worden seien, illustrierte er sogar bis in die Nach-Komma-Stellen. „Eigentlich hätte Mölle das ja nur an den Drucker schicken müssen“, meint etwa auch FW/FLU-Fraktionschef Klaus Goldner. Mölle aber erklärte, er müsse zum Bürgermeister und um mehr Personal bitten, wenn er alle politischen Anfragen in der entsprechenden Detailtiefe beantworten müsse. So wird der Personalabbau im Rathaus zur Abwehrwaffe für Fragen, die nach präzisen Antworten verlangen.

### Der Vertrauensverlust zeigt sich auch im Kleinen

Der von Mölle beklagte Vertrauensverlust ist durchaus Realität. Doch die Lage ist komplizierter. Eingeschränkt erschienen in den jüngsten Wochen das Vertrauen einiger Politiker gegenüber der Stadtverwaltung. Eingeschränkt ist aber auch das Vertrauen des Bürgers gegenüber der „Stadt“, wobei Politiker und Verwaltung auch un-

differenziert in einen Topf geworfen werden.

Manchmal äußert sich der Vertrauensverlust des Bürgers in kleinen Dingen – so wie kürzlich der Verdacht eines Bürgers, dass die Stadt seine Abwassergebühren zu hoch veranschlagt habe, um die 381 Euro in die Kulturarbeit zu stecken. Doch auch die Sorge der Eishallennutzer um den Fortbestand der Einrichtung hatte zu Beginn erst einmal etwas mit negativen Erfahrungen zu tun. Als die Diskussion im Sommer vergangenen Jahres vom Himmel fiel, schien es objektiv noch gar keinen Grund zu geben, eine Gefährdung anzunehmen. Schnell aber waren Parallelen zum Niedergang des Freizeitbades gezogen. Kurz darauf demonstrierten Eissportler im Rathaus. Und Wochen später war die Katze dann tatsächlich aus dem Sack: Ab 2020 müssten 1,8 Millionen Euro investiert werden, sonst sei die Halle nicht mehr zu betreiben. Wenn der Fall der Eishalle eines veranschaulicht, so ist es dieses: Der Bürger traut seiner Stadt nicht über den Weg, aber einig ist – und am Ende kann er damit sogar Recht haben.

Wenn man die Gründe dafür sucht, dass die Stadt nun einen Verlust an Vertrauen registrieren muss, entdeckt man in der jüngeren Vergangenheit zwei grundlegende Veränderungen. Da ist ein Wandel in der politischen Kultur, mit dem die Verwaltung noch nicht angemessen umzugehen versteht. Darüber hinaus verspielt sie Vertrauen durch teils unerklärlich ungeschicktes Verhalten.

### Die Parteien im Rat sind gewollt und gewählt

Unnas politische Landschaft ist bunter geworden. Sieben Fraktionen im Stadtrat stehen für eine größere Zahl politischer Stilrichtungen. Sie alle stehen in einem Wettbewerb miteinander um die Gunst des Wählers, schärfen ihr Profil durch Abgrenzung auch zur SPD-nahen Verwaltung. Zu kritisieren ist das nicht: Die im Rat vertretenen Parteien sind zumindest von Teilen der Bevölkerung gewollt und deshalb gewählt, mit all den Dingen, für die sie stehen.

Bei den Piraten, mit denen der Verwaltungsvorstand im Moment die meisten Gefechte austrägt, gehört dazu der Grundsatz der „Transparenz“. Es ist ein Grundsatz,

den auch der Gesetzgeber würdigt. Das Informationsfreiheitsgesetz, das jedermann den Einblick in viele Papiere des Verwaltungsgeschäftes ermöglicht, nutzen die Piraten bereits in ihrer Zeit vor dem Einzug in den Rat, um beispielsweise Papiere über das von der Stadt mitfinanzierte Lichtkunstzentrum einsehen zu können. Ein formell korrekt gestellter Antrag aber war im Rathaus zunächst einmal ignoriert worden. Erst, als das Verwaltungsgericht im Rathaus anklopfte und andeutete, dass dem Ansinnen auf Akteneinsicht wohl stattzugeben sei, wurde die Behörde tätig.

Es ist ein Beispiel von vielen, in denen die Stadt zumindest den Eindruck nicht williger Mauertaktik hinterließ. Da wird ein Ratsmitglied besagter Piratenpartei zu einem verhörartigen Gespräch einbestellt, wenn mal wieder etwas Nicht-Öffentliches öffentlich geworden ist. Politische Anfragen können nur noch oberflächlich beantwortet werden, weil alles andere zu teuer sei. Briefe des Museumsvereins zur Zukunft der Leitungsfrage bleiben im Rathaus erst einmal unbeantwortet, bis die Fra-

gen noch einmal über die Zeitung zugestellt werden. Der im November erfundene „Eisgipfel“, mit dem Mölle bei einem Bürgerabend Unterstützer der Eishalle besänftigen konnte, ist bis heute nicht einberufen worden.

### Konsequentes Hin und Her in der Kulturfinanzierung

Und in der Kulturfinanzierung praktiziert die Stadt ein konsequentes Hin und Her, indem sie Zuschüsse einfriert, um sie zwei Monate später nochmals „einmalig“ aufzustocken. Während Kulturausschussvorsitzende Ingrid Kroll noch immer auf der Suche nach dem verschollenen Protokoll mit dem Urtext des Kulturbeschlusses ist, erfahren Sportvereine erst aus der Zeitung, dass auch sie künftig mit Plakatgebühren für die Rettung des Kulturwesens geradestehen sollen. Die Stadtmarketingsellschaft wird ein Stück weit überflüssig, wenn sie derlei Dienste für die Vereine gar nicht mehr übernehmen darf.

Der Vertrauensverlust gegenüber der Stadtverwaltung ist Realität, und er ist weit fortgeschritten. Der Bürger beginnt zu zweifeln – an der Demokratie im ganzen und an ihren Organen. Das spiegelte sich zuletzt auch an der Wahlbeteiligung bei der Kommunalwahl wider.